

Lichtenstein-Gallusberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Schönau, Mühl, Schondorf, Höfen, St. Leonhard, Grünwald, Neumarkt, Röthenbach, Ochsenfurt, Mülsen St. Nicolaus, St. Jacob, St. Michael, St. Margaretha, Lauter, Niedermühle, Schönbühl und Witzelheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Nr. 284

Hauptinspektoratsorgan
im Amtsgerichtsbezirk

Dienstag, den 9. Dezember

Offizielle Zeitung des

Untersuchungsbericht

69. Jahrgang.

Polizeidirektion
Leipzig Nr. 86697.

1919.

Beikettverkauf an Gallusberger Einwohner.
Bezahlung Dienstag, den 9. Dezember, vorm. 8—12 Uhr, an die Familie 1, Nr. 2 Mh. Abholungszeiten: Dienstag, 9. 12.: Brodkarten-Nr. 1—100 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 101—200 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 201—300 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 301—400 vorm. 11—12 Uhr, Nr. 401—500 nachm. 2—3 Uhr, Nr. 501—600 nachm. 3—4 Uhr, Nr. 601—700 nachm. 4—5 Uhr; Mittwoch, 10. 12.: Brodkarten-Nr. 701—800 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 801 bis Schluss vorm. 9—10 Uhr. — Deputatkohlenempfänger sind ausgeschlossen. — Der Deputatkohlenempfänger ist ausgeschlossen.

5, 10 und 20 Mark ihre Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel mit dem 31. Dezember 1919 verlieren, (siehe auch Aufdruck auf den Scheinen). Es werden deshalb diejenigen, die noch im Besitz solcher Gutscheine sind, hierdurch aufgefordert, diese unverzüglich bei den unterzeichneten Kassen zur Entlösung vorzulegen.

Die Gemeindeverbandsgirokassen
Mülzen St. Jacob und Mülzen St. Nicolaus.
Mülzen St. Jacob, den 5. Dezember 1919.

Bekanntmachung,
betreffend Verteilung der Zinsen aus der Anna Auguste Brauch-

Stiftung aus das Jahr 1919.

Im Laufe dieses Monats gelangen die Zinsen der Anna Auguste Brauch-Stiftung aus das Jahr 1919 zur Verteilung.

Stiftungsgemäß haben auf diese Zinsen nur arme, alte, ganz besonders aber würdige und verschämte Hohndorfer Einwohner Anspruch.

Diejenigen Einwohner, welche hiernach glauben berücksichtigt werden zu können, werden hiermit aufgefordert, sich bis zum

10. Dezember dieses Jahres

im hiesigen Gemeindeamt — Zimmer Nr. 2 — zu melden.

Hohndorf, am 2. Dezember 1919.
Der Gemeindevorstand.
Schuster.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß die von den unterzeichneten Girokassen im November 1918 herausgegebenen Gutscheine über

Auf Grund von §§ 61 b), 67 der Reichsgesetzeordnung für die Ernte 1919, R.-G.-Bl. S. 525, 535 wird bestimmt:
In gewerblichen Betrieben ist die Herstellung von Stollengebäck verboten.
Auf die Bestimmung in § 1 Abs. 3 der Verordnung über die Bereitung von Kuchen vom 16. Dezember 1915, R.-G.-Bl. S. 823, wonach Teige und Massen, die außerhalb der gewerblichen Betriebe hergestellt sind, in diesen Betrieben nicht ausgebacken werden dürfen, wird noch besonders hingewiesen.
Zuwiderhandlungen werden nach § 80 Nr. 12 der Reichsgesetzeordnung und § 8 Nr. 1 der Verordnung vom 16. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 823) bestraft.

Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. Dezember 1915 (Sächs. Staatszeitung Nr. 289) und die Vorschreit unter 2 der Ausführungsverordnung des Ministeriums des Innern zur Bundesratsverordnung über die Bereitung von Kuchen vom 18. Dezember 1915 (Sächs. Staatszeitung Nr. 294) werden aufgehoben.

Dresden, am 4. Dezember 1919.
Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

3504 VL Alb.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der Postagierdienst Dover-Calais, der während des Krieges eingestellt war, ist jetzt wieder eröffnet worden. Der erste Postagierdampfer ist die "Invicta", die im Kriege als Transportschiff fuhr.

* Der "Königliche Zeitung" wird aus Wiesbaden telegraphiert: Der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen gibt bekannt, daß die Alliierten die deutsche Verfassung als gültig ansehen haben.

* Bei der zweiten Lesung des Umsatzsteuergesetzes im Steuerausschuß der Nationalversammlung wurde die Höhe der Umsatzsteuer entsprechend der Belebung der ersten Lesung auf 1½ Prozent bemessen.

* "New York Times" meldet aus Paris, man rechne dort mit der Möglichkeit, daß Clemenceau Freiherrn von Cerners nach Berlin zurückkehren werde. — Unser Gesandter ist also in Paris unerwünscht.

* Zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wird, nachdem der Posten ein halbes Jahr lang unbesetzt geblieben ist, der ehemalige sozialdemokratische Parteisekretär und bisherige Staatskommissar für Oberschlesien Friedrich Otto Härtling ernannt worden.

* Im Marloch-Prozeß wurde am Sonnabend die Zeugenvernehmung zu Ende geführt.

* In einem Automobilschuppen der Kaiserliche Reichen Reiter in München brach auf ungeklärte Weise, wahrscheinlich durch Legen, ein Feuer aus, aus, das Automobile im Werte von 500 000 Mk. zerstörte.

* Unter dem dringenden Verdacht mit Hilfe von Eisenbahnamten mehrere Eisenbahnladungen Speck und Zigarren im Werte von einer Million verschoben zu haben, ist der Kaufmann Georg Richardt in Thale a. H. verhaftet worden. Bei seiner Festnahme war gerade im Begriff, abermals einen Waggon 3'garetten zu verschließen.

* Die Prager Tribuna teilt mit, daß seit dem 28. Oktober 1918 aus der Post und bei den Eisenbahnen in Tschechien Waren und Sendungen im Werte von 120 Millionen Kronen gestohlen worden sind. — Ein Trost für uns...

Die neue Drohung mit Gewalt.

Paris, 6. Dezember. (Dräibler.)
Die "Matin" meldet, handele es sich bei der geheimen Beratung, welche gestern vormittag am Canal d'Oran nach Schluß der Sitzung des Kabinetts zwischen den Vertretern Frankreichs, Englands, Amerikas, Italiens, Japans und Marokko fast zwöl

gejunden hat, um einen Meinungs austausch darüber, welche militärischen Maßnahmen zu ergreifen seien, wenn Deutschland sich weigert, das Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Beratung soll heute vormittag fortgesetzt werden, und zwar im Beisein des englischen Marschalls Wilson, der eiligst aus London nach Paris berufen worden sei

Belohnung des Kriegsgebietes?

Basel, 6. Dezember. (Dräibler.)

In der gestrigen Geheimsituation des Obersten Rates, zu der auch Koch zugezogen worden war, wurden militärische Maßnahmen erwogen, um Deutschland zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu bewegen. Es wurde die Okkupation des Ruhrlohngebietes bis Essen und der Stadt Frankfurt a. M. in Aussicht genommen.

Gens, 6. Dezember.

Die Verhandlungen der Entente diplomatisch die dem Verlangen nach bedingungsloser Unterzeichnung des Schlussprotokolls nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt zugrunde liegen, sollen folgende sein: Man glaubt, daß die gegenwärtige deutsche Regierung nur ein gebündetes Tatenfeld führt, und schaut die Gefahr für sie von rechts höher an, als von links. Die Kronung sei zwar in Deutschland wiedergezegelt, aber ihre Basis seien die Truppen, die nach Pariser Ausfertigung durchaus aldeindeutsch geblieben und fälschliche Führer hätten. Die Entente willie sich für den Fall, daß in Deutschland eine Bewegung der Dinge eintrete, im Schlussprotokoll eine leichte Handhabe zum Eingriff sichern. Zweifellos sollen die chauvinistischen Militärkreise in Frankreich, daß die Ereignisse in Deutschland Frankreich Gelegenheit geben, weit in den deutschen Gebieten zu ziehen oder sogar den Friedensvertrag umzusetzen und durch einen für Deutschland noch ungünstigeren zu erzielen. — Auf das Gutachten der militärischen Stellen hin hält man einen deutschen effektiven Widerstand für möglich und wird beständig Marschall Koch mit allen erforderlichen Maßnahmen betrauen.

Das bevorstehende Ultimatum.

London, 6. Dezember. Bonar Law erklärte in Glasgow, Großbritannien und seine Verbündeten hätten die Macht und würden sie, wenn nötig, gebrauchen, um durchzusezen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland nicht nur ratifiziert, sondern auch in Anwendung gebracht wird. Ein geringer großer Teil des englischen Decrees sei bestehen geblieben, um die Bedingungen des Friedensvertrages durchzuführen. Diese englischen Kundgebungen werden auch in den Zeitungen fortgesetzt, sie beweisen aufs

neue, daß es der englischen Regierung Ernst ist mit der Drohung, weitere Teile Deutschlands zu besetzen.

Das Spiel mit Kriegsdrohungen.

Berlin, 7. Dezember. Unter der Leitung des Rats der Volksaufsicht in Sicht nimmt der "Vorwärts" Stellung zu den Beifangsitzungen, deren Charakter darin besteht, daß es sich nicht bloß um Gerichte handelt. Das Blatt sagt, der Oberste Rat ziehe mit Kriegsdrohungen gegen Deutschland. Das deutsche Volk ist wehrlos. Mit Gewalt kann man von Deutschland alles nehmen, was überhaupt vorhanden ist.

Im "Tageblatt" heißt es zu den neuen Beziehungen in Paris, es steht noch nicht fest, welche Personalleute deutscherseits teilnehmen werden, es gelte indessen für möglich, daß zu ihnen der Vater eines großen Industrieunternehmens gehört, wird der ebenso als Schriftsteller außerordentlich bekannt ist.

Die Steuergesetze in der Nationalversammlung.

Berlin, 6. Dezember. Die Regelung des Reiches über Abfertigung der Post in Gold wird ohne Absprache in allen drei Reisen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der Beratungen des Landeshausesgesetzes in Verbindung mit der Reichskommisariats- und der Kapitalertragsssteuer.

Abg. Düringen (Dentichot). Volksvertret. Die Struktur des Finanzministeriums haben infolge Volutes nicht geholt. Das Ausland hält sie für den Nutzen unseres Wirtschaftslebens. Der Abfall ist unserer Vergangen gegenüber werden, neue Parteipolitik nichts nützen. Das Reichskommissariat wirkt bei mittleren Vermögen wie ein mittlerer Einkommenssteuer. Das Kinoprivileg zulasten des Kindes. Wir sprechen dem Minister nicht das Vertrauen aus.

Finanzminister Erzberger antwortet ausführlich auf die Vorrede und betont nochmals: Nach unserer Auffassung wird es ein Gewaltstreit der Entente sein, wenn sie darüber an unser Steuern legen wollte. Wollten wir darauf Rücksicht nehmen, dann dürften wir überhaupt keine erheben.

Nachdem dann noch die Redner der anderen Parteien ihren Standpunkt festgelegt hatten, wurden die drei Steuergesetze an die 10. Kommission übergeben.

Auf der Tagessitzung der nächsten Sitzung der Nationalversammlung (Dienstag) steht als einziger Punkt: Kundgebung gegen die Durchsetzung der Gefangen.